

1 **Niemals alleine, immer** 2 **gemeinsam!** 3 **Für ein soziales, solidarisches** 4 **und friedliches Neukölln**

5

6	Niemals alleine, immer gemeinsam!	6
7	Bezahlbare Wohnungen für alle und eine soziale Stadtentwicklung	8
8	Bezahlbarer Wohnungsneubau	8
9	Milieuschutz überall und dauerhaft	9
10	DWE & Co. enteignen	9
11	Mietendeckel einführen	10
12	Mietwucher bekämpfen	10
13	Eine soziale und ökologische Abfallpolitik	10
14	Sicher und schnell von A nach B: Öffentlicher Nahverkehr für alle!	11
15	Vorfahrt für den ÖPNV	11
16	Ein Nahverkehrsplan für Neukölln	12
17	Heizkosten senken und Klima schützen	13
18	Fernwärme in öffentliche Hand	13
19	Keine Umlegung von energetischer Sanierung auf die Miete	13
20	Gute Arbeit sichern und Armut bekämpfen	14
21	Bessere Arbeitsbedingungen für alle	14
22	In Würde altern	15
23	Fördern statt Sanktionen	16
24	Rechte von wohnungslosen Menschen stärken	17
25	Sanktionsfreie Mindestsicherung jetzt!	17
26	Die Linke hilft	18
27	Zugang zu Gesundheit und Pflege erleichtern	19
28	Ambulante Versorgung verbessern	19
29	Beratungsangebote im Pflegefall	19
30	Drogenpolitik und Suchthilfe ausbauen	19
31	Bessere Arbeitsbedingungen im Vivantes-Klinikum Neukölln	19
32	Kinder, Jugendliche und Familien stärken	21
33	Kinder- und Jugendarbeit	21

34	Beteiligung von Kindern und Jugendlichen	21
35	Kitas und Sprachförderung	21
36	Schulen für Zukunftschancen	22
37	Schulentwicklung	22
38	Inklusion	23
39	Schulgebäude	23
40	Saubere Schulen	23
41	Schwimmunterricht	23
42	Keine Bundeswehr an Schulen	24
43	Baden darf kein Luxus sein! Förderung von Vereins- und Breitensport	24
44	Weiterbildung und Kultur	25
45	Bibliotheken, Musikschule & Volkshochschule	25
46	Kunst und Kultur	25
47	Solidarisch Zusammenleben	26
48	Gleichstellung und Queerpolitik	26
49	Flucht und Migration	26
50	Rassismus bekämpfen	27
51	Jüdische Vielfalt fördern und Antisemitismus konsequent entgegentreten	27
52	Internationale Solidarität	28
53	Antifaschismus	28
54	Wer soll das bezahlen?	29
55		

56 Liebe Neuköllner*innen,

57 im September 2026 könnt ihr entscheiden: Ihr und alle Berliner*innen wählen das Berliner
58 Abgeordnetenhaus (AGH) und die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung (BVV).

59 Auf den kommenden Seiten wollen wir euch unser Programm für Neukölln vorstellen.
60 Darin findet ihr unsere wichtigsten Vorschläge für konkrete Verbesserungen im Bezirk: in
61 den Bereichen Soziales und Klimaschutz, Wohnen, Antirassismus und gute Arbeit,
62 Queerpolitik, Jugendarbeit, Bildung und Sport.

63 In Neukölln leiden immer mehr Menschen unter Armut und Prekarität, unter Ausgrenzung
64 und Ungleichheit. Aber Neukölln macht jeden Tag Hoffnung. Hier leben die Solidarität und
65 der Widerstand. Wir sind froh und stolz, in einem so warmherzigen, rebellischen und
66 internationalen Bezirk Politik zu machen. Wir denken, dass die Unterschiedlichkeit der
67 Menschen hier unsere gemeinsame Stärke ist. Niemals alleine, immer gemeinsam!

68 **Für wen wir kämpfen**

69 Wir richten uns an euch – an alle, die wie wir unter den Zumutungen des Systems leiden
70 und sich eine echte Veränderung wünschen. Egal ob Paketlieferant*in, Erzieher*in,
71 Schüler*in, Rentner*in, Reinigungskraft oder Spätverkäufer*in – wir stehen an eurer Seite,
72 jetzt, im Wahlkampf und in den nächsten Jahren! Wir kämpfen für alle euch, die von
73 einem viel zu niedrigen Lohn leben müssen, die sich um andere kümmern, die arbeitslos
74 oder von Armut betroffen sind, die Rassismus erfahren oder gesellschaftlich ausgegrenzt
75 werden. Ihr Jugendlichen liegt uns besonders am Herzen - lasst uns gemeinsam für eine
76 bessere Zukunft kämpfen!

77 Das Wahlrecht in Deutschland ist ungerecht. Unzählige Menschen werden von den
78 Wahlen ausgeschlossen. Das betrifft besonders viele Neuköllner*innen. Wir treten für das
79 Wahlrecht für alle ein - alle, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben, sollen bei den Wahlen
80 mitentscheiden können! Aber für uns ist Politik viel mehr als das Wahlrecht. Sie passiert
81 auf der Straße und in der Schule, am Küchentisch und im Betrieb. Wir wollen uns mit euch
82 organisieren - kommt zu unseren Treffen und Veranstaltungen, bringt eure Erfahrungen
83 ein und werdet Mitglied!

84 **Was uns antreibt**

85 Auch in Neukölln spüren wir die Auswirkungen von steigenden Mieten, höheren Preisen
86 und Kürzungen bei wichtigen öffentlichen Einrichtungen und Angeboten. CDU und SPD
87 haben in den letzten Jahren eine Politik verfolgt, die Mieten explodieren lässt, Menschen
88 gegeneinander aufhetzt und uns immer weiter nach unten zieht. Die AfD wird immer
89 stärker - auch, weil Politik und Medien ihr nach dem Mund reden, statt ihrer Hetze etwas
90 entgegenzusetzen. Überall ist Polizei, nirgendwo ist Sicherheit. Die Klimakatastrophe

91 schreitet ungebremst voran. Auf der ganzen Welt eskalieren Kriege. Die Bundesregierung
92 befeuert diese mörderische Entwicklung mit Waffenlieferungen und Aufrüstung. In immer
93 mehr Lebensbereiche dringt die Bundeswehr ein, sei es in Krankenhäusern oder Schulen.
94 Für Waffen werden Milliarden verpulvert und gleichzeitig unsere Daseinsvorsorge
95 weggespart. Daher sagen wir: Es reicht!

96 Wir wollen nicht zusehen, wie öffentliche Einrichtungen schließen, überall an Personal
97 gespart wird und die Gewalt gegenüber benachteiligten Gruppen zunimmt. Wir wollen
98 nicht zusehen, wie Politiker*innen Teenager als kriminell markieren und gleichzeitig
99 Bildungs- und Jugendangebote wegekürzen. Wir wollen nicht zusehen wie das Bürgergeld
100 immer weiter gekürzt oder ganz gestrichen wird, während Milliardäre immer weniger
101 Steuern zahlen. Wir wehren uns dagegen, wenn Demonstrationen für Palästina oder
102 Kurdistan verboten, Streiks für bessere Arbeitsbedingungen drangsaliert und Aktionen für
103 Klimagerechtigkeit gewaltvoll unterbunden werden. Wir kämpfen mit aller Kraft dafür,
104 dass Wohnen wieder für alle bezahlbar wird.

105 Wir glauben, dass wir gemeinsam eine andere Welt möglich machen können. Und damit
106 beginnen wir in Neukölln.

107 **Was wir anders machen**

108 Wir sind das antifaschistische Gegengewicht zum erstarkenden Rechtsruck. Wir stellen
109 uns gegen Ausbeutung, Armut, Rassismus, Antisemitismus, Frauen-, Trans- und
110 Queerfeindlichkeit und Militarismus. Wir sind anders als andere Parteien, weil wir nicht
111 abgehoben sind, sondern gemeinsam mit euch für Verbesserungen kämpfen – in den
112 Parlamenten, in den Betrieben und auf der Straße.

113 Unsere Vision ist eine gerechtere, sozialistische Gesellschaft. In unserem Wahlkampf
114 verbinden wir konkrete Verbesserungen im Alltag mit dem Ziel einer echten Alternative.
115 Wir sagen klar: Viele Probleme haben ihre Ursache im Kapitalismus.

116 **Unsere Ziele**

117 Wir wollen nicht Kürzungen verwalten oder uns dem Zwang des Marktes beugen. Wir
118 wollen, dass große Immobilienkonzerne enteignet und Mieten gedeckelt werden, damit
119 Wohnen wieder bezahlbar wird. Wir wollen genug Geld für gute öffentliche Einrichtungen
120 und Infrastrukturen, damit für eine gute Bildung, Gesundheit und Versorgung von allen
121 gesorgt ist. Wir wollen einen Stopp aller Abschiebungen und eine Politik, die alle
122 Menschen schützt – unabhängig von ihrer Herkunft. Privatisierung, Militarisierung und
123 Sozialabbau sind für uns rote Linien.

124 Daher steht für uns fest: Wir werden keinem Sparhaushalt zustimmen. Unsere
125 Stadträt*innen werden sich gegen jede Verschlechterung der öffentlichen

126 Daseinsvorsorge wehren und keiner einzigen Privatisierung zustimmen. Wir werden
127 gegen Kahlschlag und Ausverkauf laut die Stimme erheben. Auf uns könnt ihr euch
128 verlassen!

129 Wir als Die Linke Neukölln setzen uns für eine Politik ein, die sich an den Interessen der
130 Mehrheit der Menschen in Neukölln orientiert. Wir kämpfen nicht nur im Parlament gegen
131 den Mietwucher, sondern helfen auch ganz konkret:

- 132 ● Wir bieten kostenlose Rechtsberatungen an.
- 133 ● Unsere Mitglieder unterstützen euch mit Papierkram, Behördenschreiben
134 und anderen Alltagsproblemen in unseren Sozialsprechstunden.
- 135 ● Wir helfen Mieter*innen und Hausgemeinschaften, sich gegen Vermieter
136 durchzusetzen.
- 137 ● Unsere Politiker*innen übernehmen offene Rechnungen oder helfen bei
138 Mietschulden.

139 Liebe Neuköllner*innen, bei diesen Wahlen geht es um viel. Es braucht eine starke,
140 solidarische Kraft, um der allgegenwärtigen Hetze, Kriegstreiberei und dem sozialen
141 Kahlschlag etwas entgegenzusetzen. Diese Kraft wollen wir sein – gemeinsam mit euch.
142 Für ein soziales, solidarisches und friedliches Neukölln.

143 **Niemals alleine, immer gemeinsam!**

144 Die Reichen werden immer reicher, während das Einkommen der Ärmsten kaum bis zum
145 Ende des Monats reicht. Die Wirtschaft läuft schlecht, weil zentrale Industrien sich an
146 fossile Technologien klammern und Trumps Zollpolitik das deutsche Exportmodell
147 zusätzlich in Frage stellen. Es gibt drei Mal so viele Arbeitslose wie offene Stellen. Anstatt
148 die Beschäftigung und Kaufkraft der Bevölkerung mit Investitionen in die Infrastruktur zu
149 stärken, werden Milliarden für Aufrüstung verschelbelt. Davon profitieren die Eigentümer
150 und Aktionäre. Mit den wachsenden Vermögen der Superreichen steigen die Investitionen
151 ins Betongold. In der Folge schießen die Mieten in die Höhe, damit sich die hohen
152 Immobilienpreise rentieren. Wir müssen einen immer größeren Teil unsere Einkommens an
153 die Vermieter zahlen. Die Umverteilungsmaschine von unten nach oben lief noch nie so
154 gut wie unter Kanzler Merz.

155 Die Politik der Bundesregierung ist ein Desaster für alle, die auf ihr Arbeitseinkommen
156 oder auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Für Millionen von Menschen bis
157 hinein in die Mittelschicht verschlechtern sich die Zukunftsaussichten. Von dieser
158 Unzufriedenheit profitiert die extrem rechte AfD, die Geflüchtete und Migrant*innen oder
159 auch Transpersonen, queere Menschen oder Feminist*innen mit einer Hetzkampagne
160 nach der anderen als Sündenböcke für die desaströse Lage in Deutschland verantwortlich
161 macht. Mit der größten Einschränkung des Asylrechts in der Geschichte der
162 Bundesrepublik läuft die Bundesregierung der menschenverachtenden Politik der AfD
163 hinterher und stärkt deren Sündenbock-Erzählung. Die autoritäre Disziplinierung im
164 Inneren geht mit einer rasanten Aufrüstung nach außen einher. Milliarden fließen in
165 Waffenkäufe und die Militarisierung der Gesellschaft wird forciert. Verteidigungsminister
166 Pistorius will Kinder für die Bundeswehr begeistern und auch über die Wiedereinführung
167 der Wehrpflicht wird diskutiert.

168 Für Die Linke ist klar: Nicht Geflüchtete und Migrant*innen sind das Problem, nicht
169 feministische oder queerpolitische Errungenschaften, sondern die Politik der Regierungen
170 zugunsten der Reichen und der Konzerne! Die Politik der Bundesregierung und der AfD
171 verstärkt die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen und lässt zugunsten einer
172 gefährlichen Militarisierung die Infrastruktur und den Sozialstaat weiter erodieren. Die
173 Linke ist die einzige politische Kraft, die dem aufkommenden Faschismus in unserer
174 Gesellschaft etwas entgegen setzt. Unsere Alternative heißt demokratischer Sozialismus.
175 An die Stelle der Interessen des Kapitals setzen wir das Interesse der Vielen. Wir wollen,
176 dass alle Menschen ein gutes und selbstbestimmtes Leben führen können.

177 Während der letzten Bundestagswahl ist Die Linke für immer mehr Menschen zum
178 Bollwerk gegen den Faschismus geworden. Immer mehr Menschen strömen in unsere
179 Partei, die Zahl unserer Mitglieder - auch in Neukölln - hat sich mehr als verdoppelt. In
180 Berlin ist Die Linke die stärkste Kraft geworden und in Neukölln haben wir mit Ferat Koçak
181 das Direktmandat mit über 30 Prozent der Stimmen errungen.

182 Unsere Stärke hat Strahlkraft in die ganze Bundesrepublik. Denn selbst im tiefsten Bayern
183 gilt Neukölln als Inbegriff gescheiterter Integrationspolitik und als Verkörperung alles
184 Schlechten einer modernen und offenen Gesellschaft. Seit Jahrzehnten profilieren sich
185 Neuköllns sozialdemokratische Bürgermeister*innen, indem sie Neukölln schlecht reden
186 und die Neuköllner Bevölkerung spalten. Damit lenken sie davon ab, dass sie nichts
187 gegen die realen Probleme der Neuköllner*innen unternehmen.

188 Jedes dritte Kind in Neukölln wächst in Armut auf. Der Bezirkshaushalt wurde über Jahre
189 hinweg kaputtgespart, die Personalsituation in der Verwaltung ist schlimm. Schulen,
190 Sozialarbeit und Kultur werden immer weiteren Kürzungen unterworfen. Unzählige
191 Neuköllner*innen erfahren die unerträglichen Folgen von Kriegen und politischer
192 Unterdrückung in ihren Heimatländern – sei es in Palästina, Kurdistan oder Iran. Statt
193 Unterstützung zu bekommen, schlägt ihnen Polizeigewalt, Behördenschikane oder
194 staatliche Ausgrenzung entgegen.

195 Aber gerade in Neukölln lebt auch die Solidarität. Nachbarschaftsinitiativen, Proteste
196 gegen Kürzungen, interreligiöse und interkulturelle Arbeit und antirassistische
197 Organisierung: Neuköllner*innen organisieren sich, um ihr Leben gemeinsam zu gestalten
198 und zu verbessern. Daran knüpfen wir als Linke an. Wir treten ein für eine radikale Politik
199 im Interesse der Mehrheit der Menschen in Neukölln.

200 Unsere gewählten Politiker*innen übernehmen offene Rechnungen oder tilgen
201 Mietschulden. Wir stehen an der Seite der Palästinenser*innen, der Kurd*innen, der
202 Iraner*innen und aller anderen, die für Befreiung kämpfen. Während alle anderen Parteien
203 mit falschen Antisemitismusvorwürfen die Einschränkung von Grundrechten legitimieren,
204 vertreten wir konsequent die Perspektive der Neuköllner*innen, die Angehörige in Gaza,
205 in Libanon oder in anderen imperialistischen Kriegen verloren haben.

206 Jetzt treten wir an, um bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und den Wahlen
207 zur Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung die stärkste Kraft zu werden. Wir werden
208 alle unsere Kräfte aufwenden, unsere Nachbar*innen davon zu überzeugen, dass wir die
209 Alternative zur spalterischen Politik von CDU und AfD sind und dass wir für ein soziales,
210 solidarisches und friedliches Neukölln stehen.

211

212 **Bezahlbare Wohnungen für alle und eine soziale** 213 **Stadtentwicklung**

214 Das Leben in Neukölln wird immer teurer. Das liegt vor allem an den steigenden Mieten.
215 Obwohl in Neukölln viele Menschen mit niedrigem Einkommen leben, gehören die
216 Angebotsmieten mit zu den höchsten in Berlin. Weil Eigentümer mit neuen Mietverträgen
217 ihre Profite stark steigern können, ist der Druck auf die Bevölkerung von Neukölln groß,
218 hohe Mieten zu akzeptieren oder wegzuziehen. Vermieter nutzen die Wohnungsnot aus

219 und profitieren davon, möblierte Wohnungen mit hohen Mietaufschlägen zu vermieten.
220 Sie profitieren von der gewerblichen Untervermietung und der Parzellierung von
221 Wohnraum. Das muss unterbunden werden.

222 Wir wollen, dass niemand aus Neukölln verdrängt wird, weil das Leben hier zu teuer wird.
223 Die Entwicklung unserer Kieze soll nicht dem größtmöglichen Profit der
224 Immobilienwirtschaft dienen, sondern den Bedürfnissen der hier lebenden Menschen
225 angepasst werden. Dazu gehört, dass das Baurecht bezahlbaren Neubau fördert. Wir
226 wollen gemeinnützige, genossenschaftliche und kommunale Bauprojekte unterstützen.

227 Bei der Stadtentwicklung steht für uns die wohnortnahe Versorgung mit Waren des
228 alltäglichen Bedarfs sowie ausreichend Parks, Spielplätze und nicht kommerzielle Orte
229 zum Zusammenkommen im Mittelpunkt. Wegen des Klimawandels brauchen wir mehr
230 Schutz vor Sonne und Hitze im öffentlichen Raum.

231 Die großen Einkaufszentren werden teilweise wegen zunehmendem Online-Shopping
232 kaum noch genutzt. Wir wollen, dass das ehemalige Karstadt am Hermannplatz und
233 andere Einkaufszentren zu Sorgezentren mit Nachbarschaftstreffs, Bibliotheken,
234 Beratungsstellen, Kleingewerbe, Ateliers, Kitas, Kiezkantinen und anderen sozialen
235 Angeboten umfunktioniert werden.

236 Bezahlbarer Wohnungsneubau

237 Gegen hohe Mieten hilft nur Neubau von Wohnungen, argumentieren FDP, SPD und CDU.
238 Doch das Gegenteil ist der Fall: Teurer Neubau führt zu einem stark steigenden
239 Mietspiegel. Dass Neubau so teuer ist, liegt an den stark gestiegenen Baukosten und am
240 Profitinteresse privater Projektentwickler. Weil kommunale, gemeinnützige oder
241 genossenschaftliche Bauherren keine Profite erwirtschaften müssen, können sie Neubau
242 zu niedrigeren Mieten und zum Teil auch zu Mieten unter den tatsächlichen Kosten
243 realisieren.

244 Milieuschutz überall und dauerhaft

245 Wenn die Miete beim Mietspiegel angekommen ist, greifen Vermieter gern zu
246 kostspieligen Modernisierungen. Denn die Kosten der Modernisierung können auf die
247 Miete umgelegt werden. In einem Milieuschutzgebiet können nicht notwendige
248 Modernisierungen verhindert werden. Das schützt die Mietenden vor hohen
249 Mieterhöhungen nach Modernisierung. Außerdem bietet Milieuschutz mehr Schutz vor
250 Eigenbedarfskündigungen nach Umwandlung einer Miet- in eine Eigentumswohnung. In
251 einem Milieuschutzgebiet kann möbliertes Wohnen zudem verhindert werden. Daher
252 fordern wir die Ausweitung von Milieuschutzgebieten. Das sind unsere Forderungen:

- 253 • Wohnungsneubau nur kommunal, gemeinnützig oder genossenschaftlich

- 254 • Möbliertes Wohnen überall verbieten oder Mietaufschlag deckeln
- 255 • Milieuschutz für die Weiße Siedlung und andere Kieze unter Aufwertungsdruck
- 256 • Einkaufsmalls zu Kiezzentren
- 257 • Keine Bebauung von Emmaus-Wald, Tempelhofer Feld und den Kleingärten
- 258 • Verschattung von Straßen und Plätzen mit Bäumen und Entsiegelung
- 259 • Einrichtung von Kiezkantinen mit bezahlbaren, warmen Mahlzeiten für alle

260 Wie hoch eine Miete sein darf, wird nicht in Neukölln entschieden. SPD und CDU wollen
 261 keinen wirksamen Schutz vor steigenden Mieten. Ihre Mietpreisbremse ermöglicht
 262 Mietsteigerungen um bis zu 10 Prozent über dem Mietspiegel, gilt nicht für möblierte
 263 Wohnungen und muss bei Verstößen individuell eingeklagt werden. Die CDU hat
 264 erfolgreich gegen den Berliner Mietendeckel geklagt und verhindert seitdem einen
 265 Mietendeckel auf Bundesebene.

266 Die Linke setzt sich im Bundestag für einen Mietendeckel mit zulässigen Höchstmieten
 267 und der Absenkung überhöhter Mieten ein. Mit mehr Personal für das Wohnungsamt
 268 wollen wir Mietwucherstellen aufbauen, die mit aller Konsequenz gegen Vermieter
 269 vorgehen, die überhöhte Mieten verlangen: Eine Anzeige genügt und der Staat sorgt
 270 dafür, dass zu viel bezahlte Miete zurückgezahlt wird und der Vermieter eine saftige
 271 Geldbuße bekommt – das ist unsere Zielvorstellung.

272 Die Linke unterstützt die Vergesellschaftung von Immobilienkonzernen nach dem
 273 Vorschlag der Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen. Die Linke Neukölln wird sich
 274 beim Sammeln von Unterschriften für einen neuen Volksentscheid beteiligen und wirbt für
 275 eine Übernahme des Gesetzesentwurfs der Initiative durch das Abgeordnetenhaus.

276 DWE & Co. enteignen

277 Eine deutliche Mehrheit der Wählenden hat sich für die Vergesellschaftung von
 278 Immobilienbeständen mit über 3000 Wohnungen ausgesprochen. Doch CDU und SPD
 279 verschleppen die Umsetzung und ignorieren damit einen demokratischen Volksentscheid.
 280 Jetzt hat die Initiative einen konkreten Gesetzesentwurf für die Vergesellschaftung
 281 vorgeschlagen. Dieser Entwurf sieht die Vergesellschaftung aller Wohnungsbestände
 282 eines Konzerns über 3000 Wohnungen vor. Die Entschädigung der Eigentümer ist so
 283 gestaltet, dass sie aus den Mieteinnahmen ohne Mietsteigerungen erfolgen kann.

284 Mietendeckel einführen

285 Mit dem Berliner Mietendeckel hat die rot-rot-grüne Koalition im Jahr 2020 zulässige
 286 Höchstmieten festgelegt. Diese orientierten sich am Mietspiegel und haben dazu geführt,
 287 dass zahlreiche Mieten abgesenkt werden mussten. In 2021 hat das
 288 Bundesverfassungsgericht den Mietendeckel gekippt, weil es der Meinung war, dass die

289 Gesetzgebungskompetenz ausschließlich beim Bund liege. Folglich kann der Bundestag
290 selbst einen Mietendeckel erlassen oder eine Öffnungsklausel für die Länder einführen.

291 Mietwucher bekämpfen

292 Wird die ortsübliche Vergleichsmiete laut Mietspiegel um mindestens 20% überschritten
293 und nutzt dein Vermieter eine Mangellage auf dem Wohnungsmarkt aus, handelt es sich
294 um eine Ordnungswidrigkeit. Dem Vermieter droht ein Bußgeld von bis zu 50.000 €. Wird
295 die ortsübliche Vergleichsmiete um mehr als 50% überschritten, kann sogar eine Straftat
296 vorliegen, mit härteren Strafen, theoretisch bis zu einer Gefängnisstrafe. In beiden Fällen
297 kann die Miete abgesenkt und zu viel gezahlte Miete zurückgefordert werden. Bei einem
298 Verdacht auf Mietwucher ermitteln die zuständigen Wohnungsämter in den Bezirken. Das
299 sind unsere Forderungen:

- 300 • Ausweitung und Konzentration der personellen Ressourcen im Wohnungsamt auf
301 Mietwucherverfahren, Wohngeldanträge und Zweckentfremdung von Wohnraum;
- 302 • Konsequente Ahndung von Mietwucher durch Rechtskostenfonds für Streitfälle;
- 303 • Kampf gegen illegale Ferienwohnungen mit einem Rechercheteam;
- 304 • Konsequentes Vorgehen gegen Problemvermieter, die Instandsetzungen und
305 Reparaturen vernachlässigen und ihre Häuser verfallen lassen.

306 Eine soziale und ökologische Abfallpolitik;

307 Wir setzen uns für eine Abfallpolitik ein, die soziale Ursachen ernst nimmt, ökologische
308 Verantwortung übernimmt und solidarische Lösungen organisiert. Wir wollen, dass die
309 Neuköllner*innen sich wieder auf ihren Straßen und in ihren Kiezen wohlfühlen können.
310 Als Linke Neukölln werden wir uns weiter mit lokalen Initiativen vernetzen und diese
311 unterstützen. Wir setzen uns für eine nachhaltige Müllreduktion in unseren Kiezen ein;
312 durch Unterstützung von und für Einsatz für Umweltbildungsangeboten, Aufklärung und
313 Öffentlichkeitsarbeit, flächendeckende öffentliche Mülleimer, Schaffung von
314 Sperrmülltagen und die Errichtung von mehr Drogenkonsumräumen in den Kiezen. Zudem
315 setzen wir uns dafür ein, dass der Landesverband eine kritische Evaluation der
316 Reinigungsklassen der BSR durch die entsprechenden Verantwortlichen unterstützt. Wir
317 stehen an der Seite der Beschäftigten der BSR und kämpfen gemeinsam mit ihnen für die
318 Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Bezahlung und Personaldeckung.

319

320 **Sicher und schnell von A nach B: Öffentlicher Nahverkehr** 321 **für alle!**

322 Die anderen Parteien betreiben Verkehrspolitik als Kulturkampf. Die Linke sagt: Die
323 Grenze verläuft nicht zwischen Auto- und Radfahrenden, sondern zwischen oben und

324 unten! Wir wollen, dass alle Berliner*innen sich gut durch die Stadt bewegen können und
325 der öffentliche Raum fair genutzt wird. Immer mehr Autos führen dazu, dass niemand
326 mehr sicher und schnell an sein Ziel kommt. Wir setzen daher auf ein starkes Angebot im
327 öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), welches für alle bezahlbar ist. Die Linke
328 Neukölln unterstützt das Volksbegehren Verkehrsentscheid und sammelt dafür
329 Unterschriften.

330 Vorfahrt für den ÖPNV

331 Wir wollen den Autoverkehr auf den absolut notwendigen Verkehr reduzieren. Dafür
332 müssen sichere und schnelle Alternativen im ÖPNV, auf dem Rad oder zu Fuß
333 bereitgestellt werden. Wir werden Parkplätze aufgeben, wenn dadurch die
334 Verkehrssicherheit für Fuß- und Fahrradfahrer*innen erhöht, der Vorrang des ÖPNV
335 sichergestellt oder die gefahrenfreie Belieferung des Einzelhandels ermöglicht wird. Für
336 mehr Platz und Sicherheit für die Anwohnenden wollen wir den Durchgangsverkehr aus
337 den Kiezen raushalten.

338 Damit möglichst viele Menschen auf den öffentlichen Nahverkehr umsteigen, muss der
339 öffentliche Nahverkehr flächendeckend ausgebaut werden und die Arbeitsbedingungen
340 und Nutzungsmöglichkeiten deutlich verbessert werden. Die Verkehrswende muss sozial
341 gerecht finanziert werden. Die Mittel im Landeshaushalt müssen massiv aufgestockt
342 werden und eine Nahverkehrsabgabe für alle in Berlin ansässigen Unternehmen soll
343 eingeführt werden. Bezahlmodelle wie der City-Maut oder aktuelle und geplante
344 Parkraumbewirtschaftung in Neukölln lehnt Die Linke ab. Solche Bezahlmodelle
345 ermöglichen es Menschen mit mehr Geld, sich das Recht auf Verschmutzung zu
346 erkaufen. Ärmere Menschen, die auf ein Auto angewiesen sind, werden überproportional
347 belastet. Das ist nicht gerecht und führt nicht zwangsläufig zur nötigen Reduzierung des
348 privaten Autoverkehrs, sondern zur finanziellen Abhängigkeit der öffentlichen Hand vom
349 Privatverkehr.

350 Wir werden uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass das Berliner Straßengesetz um
351 die Kategorie der gemeinwohlorientierten Straße erweitert wird und die Bezirke die
352 rechtlichen Möglichkeiten und finanziellen Mittel erhalten, damit zu experimentieren.
353 Teileinziehungen und Umwidmungen zusammenhängender Straßenzüge werden so
354 möglich. Wir werden gemeinsam mit den Anwohnenden Konzepte entwickeln, mit denen
355 der öffentliche Raum zum Wohle aller neu aufgeteilt und gestaltet wird.

356 Ein Nahverkehrsplan für Neukölln

357 Auf den Ausbau des ÖPNV und das Hauptverkehrsnetz hat der Bezirk wenig direkten
358 Einfluss. Wir setzen uns aber auf Landesebene und soweit möglich auf Bezirksebene für
359 unsere Vision ein.

- 360 ● Ausbau des ÖPNV: Tramlinien statt überfüllte Busse im Feierabendstau
- 361 ○ Tramlinie M41: Mit der Straßenbahn durch die Sonnenallee
- 362 ○ Tramlinie M11 von Schöneweide über die Johannisthaler Chaussee nach
- 363 Buckow Süd
- 364 ○ Verlängerung der Tramlinie M10 von der Warschauer Straße zum
- 365 Hermannplatz
- 366 ○ Anbindung von Buckow Süd und dem Neubaugebiet Buckower Felder durch
- 367 eine Verlängerung der U8 oder mit einer Tramlinie vom Südosteingang des
- 368 Tempelhofer Felds, über die Emser/Oderstraße, den S- und U-Bahnhof
- 369 Hermannstraße, den Buckower und Britzer Damm
- 370 ● Vorrang für ÖPNV im Straßenverkehr mit eigenen Busspuren und Beseitigung von
- 371 Engpässen
- 372 ● Sichere Radwege überall: Radwege auf jeder Hauptstraße, Ausbau und
- 373 Lückenschließung bei Radschnellverbindungen
- 374 ● Barrierefreie Fußwege mit genügend Platz und Bordsteinabsenkungen an allen
- 375 Kreuzungen, Querungshilfen und Zebrastreifen an gefährlichen Stellen
- 376 ● Vorrang für ÖPNV, Lieferverkehr, Verkehrssicherheit im Sinne der Anwohnenden
- 377 bei Nutzung und Aufteilung des Straßenlandes
- 378 ● Kein Durchgangsverkehr in den Kiezen

379

380 Kiezblocks

381 Durch Einfahrtstraßenregelungen und Diagonalsperren wird verhindert, dass
382 Autofahrende die Nebenstraßen eines Kiezes als Abkürzung nutzen können. Dadurch
383 kann Durchgangsverkehr weitestgehend verhindert werden. Die Anwohnenden freuen
384 sich über weniger Abgase und Lärm. Außerdem sinkt das Unfallrisiko für
385 Verkehrsteilnehmende.

386 Heizkosten senken und Klima schützen

387 Die Klimakatastrophe schreitet voran und der wichtigste Beitrag, den Neukölln im Kampf
388 gegen den Klimawandel leisten kann, liegt im Gebäudebereich. Besser gedämmte
389 Gebäude verbrauchen weniger Energie und CO². Die Linke Neukölln wird Gespräche mit
390 dem Denkmalschutzamt Neukölln führen, um Auswege aus den engen Vorgaben für die
391 energetische Sanierung zu finden. Wir setzen uns dafür ein, im Bezirksamt eine bessere
392 personelle Ausstattung für den Bereich Energiemanagement und das Hochbauamt zu
393 erreichen. Wir fordern, dass der energetische Sanierungsfahrplan für bezirkseigene
394 Liegenschaften mit Fokus auf die größten Energie- und CO²-Einsparpotenziale schnell
395 umgesetzt wird. Die Mittel aus dem Sondervermögen der Bundesregierung für
396 Infrastruktur und Klimaschutz wollen wir vorzugsweise für diesen Bereich aufwenden.

397 Fernwärme in öffentliche Hand

398 Vielen Mieter*innen in Neukölln hängen am Fernwärmenetz. Die Kosten für Fernwärme
399 sind in den letzten Jahren stark angestiegen. Aber als Mieter*in hat man keinen Einfluss
400 auf die Wärmeversorgung und kann auch nicht den Anbieter wechseln.
401 Fernwärmeanbieter sind Monopolisten, die stärker kontrolliert werden müssen. Das geht
402 am Besten, wenn die Fernwärmeversorgung in öffentlicher Hand liegt. Deswegen wollen
403 wir, dass die Fernwärmeversorgung in ganz Neukölln vergesellschaftet wird. In einem
404 ersten Schritt muss eine Preistransparenz und eine scharfe Preiskontrolle bei der
405 Fernwärme hergestellt werden.

406 Keine Umlegung von energetischer Sanierung auf die Miete

407 Viele Mieter*innen haben auch deshalb hohe Heizkosten, weil ihre Wohnungen schlecht
408 gedämmt sind. Private Vermieter greifen aber häufig nur dann zu energetischen
409 Sanierungsmaßnahmen, wenn sie damit die Miete erhöhen können. Die Linke setzt sich
410 auf Bundesebene dafür ein, dass Kosten von energetischen Modernisierungen nicht auf
411 die Miete umgelegt werden können. Hier in Neukölln können wir Vermieter dabei
412 unterstützen, öffentliche Förderungen für energetische Maßnahmen in Anspruch zu
413 nehmen, damit die Miete nicht steigt.

414 Straßenbäume spenden nicht nur Schatten, sondern sie sorgen durch Verdunstung auch
415 für Abkühlung in heißen Sommern und gleichen CO²-Emissionen aus. Insbesondere im
416 dicht bebauten Norden Neuköllns müssen mehr Straßenbäume gepflanzt und gepflegt
417 werden.

- 418 ● Mittel aus Sondervermögen für energetische Sanierungsmaßnahmen priorisieren
- 419 ● Straßenbäume pflanzen

- 420 ● Personelle Stärkung des Grünflächen- und Hochbauamts, damit mehr Maßnahmen
- 421 umgesetzt werden können
- 422 ● Ausbau von Photovoltaik auf bezirkseigenen Gebäuden
- 423 ● Vermieter, die energetische Maßnahmen beantragen, zu öffentlichen
- 424 Fördermöglichkeiten beraten

425

426 Heizkosten-Check

427 Mit der Pandemie und dem Ukraine-Krieg sind die Energiepreise in die Höhe geschossen.
428 Die Nachforderung bei den Heizkosten ist für viele Menschen die 13. Monatsmiete. Doch
429 bei der Heizkostenabrechnung passieren Fehler. Die Linke überprüft Abrechnungen auf
430 die Einhaltung gesetzlicher Regelungen und konnte zahlreiche Mieter*innen so dabei
431 unterstützen, die Heizkostenrechnung um 15 Prozent abzusenken.

432

433 **Gute Arbeit sichern und Armut bekämpfen**

434 **Bessere Arbeitsbedingungen für alle**

435 Neukölln gilt als der Bezirk mit der höchsten Konzentration von Armut in Berlin. Allein die
436 offizielle Erwerbslosenquote liegt in Neukölln mit circa 15 Prozent deutlich über dem
437 Berliner Gesamtdurchschnitt, der zuletzt bei rund 10,6 Prozent lag. 33,6 Prozent der
438 Minderjährigen in Neukölln erhielten im Jahr 2024 Leistungen nach dem SGB II.
439 Besonders betroffen sind dabei die Bezirke Nord-Neukölln und Gropiusstadt.

440 In Neukölln ist der Bedarf in Kitas, Pflege und Sozialarbeit enorm hoch. Hier leiden
441 Beschäftigte besonders unter Personalmangel und Zeitdruck. In den belebten Vierteln gibt
442 es viele kleine Läden und Restaurants und das Risiko für prekäre Arbeitsverhältnisse (z. B.
443 fehlende schriftliche Verträge, unbezahlte Überstunden) ist groß. Wegen der hohen
444 Diversität der Bevölkerung ist der Zugang zu fairer Arbeit für Menschen mit
445 Migrationsgeschichte ein großes Thema. Weil es viel zu wenig offene Arbeitsstellen gibt,
446 haben Menschen kein oder ein zu geringes Einkommen und sind auf staatliche
447 Transferleistungen wie Bürgergeld oder Wohngeld angewiesen. Anstatt durch
448 Investitionen gute Arbeitsplätze zu schaffen und zu fördern, betreibt der Staat durch
449 Auslagerung von Tätigkeiten auf private Unternehmen Lohndrückerei.

450 Die Auslagerung von Aufgaben der öffentlichen Verwaltung auf
451 Subunternehmerstrukturen muss aufhören. Wir setzen uns dafür ein, dass öffentliche
452 Dienstleistungen von tariflich bezahlten Beschäftigten verrichtet werden. Dazu gehört
453 beispielsweise die Anstellung der Reinigungskräfte in Schulen beim Bezirk Neukölln
454 sowie die Eingliederung der Servicekräfte im Klinikum Neukölln in den

455 Vivantes-Mutterkonzern. Aufgaben, die im Auftrag des Bezirks verrichtet werden, müssen
456 nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienst bezahlt werden. Öffentliche Aufgaben
457 müssen nach Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes bezahlt werden

- 458 • Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Wiedereingliederung der Servicekräfte von
459 Vivantes
- 460 • Schluss mit der Auslagerung von öffentlichen Tätigkeiten an private Unternehmen
- 461 • Unbefristete, sozialversicherungspflichtige Stelle; keine prekären Verhältnisse wie
462 Minijobs oder Leiharbeit
- 463 • Existenzsicherndes Gehalt, idealerweise nach Tarifvertrag; der gesetzliche
464 Mindestlohn ist nur die Untergrenze
- 465 • Bessere Arbeitsbedingungen für Angestellte beim Bezirk

- 466 • Alle Beschäftigten, die öffentliche Aufgaben übernehmen, müssen nach dem
467 Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes bezahlt werden.

468 In Würde altern

469 Viele Rentner*innen in Neukölln beziehen eine Armutsrente, die nicht zum Leben reicht
470 und sind deshalb auf staatliche Unterstützung angewiesen. Uns ist es ein zentrales
471 Anliegen, dass Leistungsberechtigte schnell und unkompliziert ihre Ansprüche geltend
472 machen können. Das bedeutet in erster Linie mehr Personal. Wir wollen aber auch
473 sicherstellen, dass Leistungsberechtigte immer eine Ansprechperson im Sozialamt haben
474 und sich über ihre Ansprüche und den Stand der Antragsbearbeitung informieren können.

475 Clubs und Beratungsstellen für Senior*innen sind wichtige Angebote und beugen
476 Einsamkeit im Alter vor. Angebote für Senior*innen wie Kiezkantinen müssen dauerhaft
477 finanziert werden und in allen Kiezen Neuköllns vorhanden sein.

478 Die bezirklichen Senior*innenvertretungen setzen sich für die Interessen und Rechte von
479 älteren Menschen ein und organisieren zahlreiche Angebote im Bezirk. Dieses Ehrenamt
480 verdient Unterstützung und Anerkennung. Die Senior*innenvertretung muss dauerhaft gut
481 ausgestattet sein und mehr Unterstützung vom Bezirksamt bekommen.

482 Wir wollen dafür sorgen, dass künftig das Neuköllner Wahlamt die Wahlen zur
483 Senior*innenvertretung organisiert, damit diese Arbeit nicht beim Sozialamt hängen bleibt.

- 484 • Mehr Personal im Sozialamt
- 485 • Schnelle und unkomplizierte Information über Ansprüche und Stand der
486 Antragsbearbeitung
- 487 • Gute Ausstattung, Information und Unterstützung für die Senior*innenvertretung
- 488 • Wahlamt organisiert Wahlen zur Senior*innenvertretung

489 Fördern statt Sanktionen

490 Die Bundesregierung dreht mit der Rückabwicklung des Bürgergelds an der
491 Daumenschraube für erwerbsarbeitslose Menschen. Bei kleinsten Versäumnissen
492 sollen Leistungsberechtigte sofort sanktioniert werden können – bis hin zur
493 Einstellung aller Leistungen. Das soll dazu führen, dass Menschen in Jobs gedrängt
494 werden, die schlecht bezahlt sind und in denen schlechte Bedingungen herrschen. Das
495 Sanktionssystem richtet sich nicht nur gegen Arbeitslose, sondern zielt darauf ab, Löhne
496 und Arbeitsbedingungen insgesamt abzusenken.

497 Es behindert die Eingliederung in Arbeit und dürfte dazu führen, dass noch mehr
498 Menschen wegen Mietschulden ihre Wohnung verlieren. In Neukölln wollen wir uns mit
499 den Betroffenen dafür einsetzen, dass das neue Sanktionsregime nicht angewendet wird.
500 Stattdessen setzen wir auf bezirkliche Jobangebote für Langzeiterwerbslose etwa in den
501 Bereichen Grünpflege oder Gebäudedienstleistungen.

502 Wir setzen uns dafür ein, dass sich Leistungsberechtigte in unabhängigen
503 Sozialberatungen über ihre Ansprüche informieren können und Unterstützung bei der
504 Antragsstellung bekommen. Meinungsverschiedenheiten sollen im Rahmen einer
505 Ombudsberatung durch unkomplizierte Kommunikationswege zwischen Jobcenter,
506 Sozialamt und Wohngeldstelle und den unabhängigen Sozialberatungen schnell geklärt
507 werden können.

- 508 • Fördern statt sanktionieren: wir werden uns so gut es geht gegen das neue
509 Sanktionsregime mit Rückabwicklung des Bürgergelds einsetzen
- 510 • Eingliederungsmittel des Jobcenters für sinnvolle Maßnahmen verwenden:
511 bezirkliche Jobangebote für Langzeiterwerbslose durch Schaffung von nach § 16i
512 SGB II geförderten Stellen im Bezirksamt
- 513 • Ombudsberatung in den unabhängigen Sozialberatungen für Jobcenter, Sozialamt
514 und Wohngeldstelle

515

516 Rechte von wohnungslosen Menschen stärken

517 Die Obdachlosigkeit in Berlin mit Camps im Straßenland und in Grünanlagen nimmt zu.
518 Dies geht mit Belastungen für die Nachbarschaften einher. Die Linke setzt sich für das
519 Recht aller Menschen auf Nutzung des öffentlichen Raums ein. Räumungen von Camps
520 wollen wir stoppen und stattdessen den Betroffenen passende Hilfsangebote machen..
521 Wir leisten Widerstand gegen Zwangsräumungen und fordern die Aussetzung aller
522 Zwangsräumungen.

523

524 Immer mehr Menschen in Berlin finden keine Wohnung oder können sich am privaten
525 Wohnungsmarkt nicht selbst versorgen. Diese Menschen werden von den Bezirken
526 ordnungsrechtlich untergebracht. Die Bezirke arbeiten dabei mit gemeinnützigen und
527 privaten Betreibern von Obdachlosenunterkünften zusammen. Die Tagessätze für die
528 Unterbringung liegen deutlich über regulären Mieten und gerade bei privaten Anbietern
529 gibt es häufig keine sozialpädagogische Unterstützung. Wir wollen, dass Neukölln eigene
530 Kapazitäten für die Unterbringung von Wohnungslosen aufbaut – mit ihren Haustieren, mit
531 ihren Suchtproblemen, mit Sozialarbeit und Housing-First-Elementen: Damit
532 Wohnungslose zu menschenwürdigen Bedingungen untergebracht werden, aber auch
533 schnell wieder eine eigene Wohnung finden.

534 Täglich werden in Berlin Menschen aus ihren Wohnungen zwangsgeräumt. Der Schutz
535 vor Zwangsräumungen muss höchste Priorität haben. Zur Verhinderung von
536 Wohnungsverlust wegen Mietschulden wollen wir die aufsuchende Sozialarbeit
537 ausbauen, um die Übernahme der Mietschulden zu klären und ggf. weiterführende Hilfen
538 zur Überwindung von schwierigen Lebenslagen anzubieten.

- 539 ● Keine Zwangsmaßnahmen gegen Obdachlose
- 540 ● Bezirkliche Unterkünfte für Obdachlose mit Sozialarbeit und Einstieg in
541 Housing-First
- 542 ● Aufsuchende Sozialarbeit bei Mietschulden ausbauen

543 Sanktionsfreie Mindestsicherung jetzt!

544 Die Linke setzt sich für eine pauschale und sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von
545 1400 Euro mit Zuschlägen bei hohen Wohnkosten für Erwerbsfähige und Rentner*innen
546 ein. Eine Überprüfung der Wohnsituation entfällt. Das Einkommen von Partner*innen,
547 Eltern oder Kindern wird nicht auf den Leistungsanspruch angerechnet. Anstelle der
548 Sanktionen erkennen wir die individuelle Lebenssituation an und wollen erwerbsfähige
549 Arbeitslose bei Bedarf qualifizieren und in sinnstiftende Erwerbstätigkeiten vermitteln.
550 Ausbildungsvergütungen wollen wir per gesetzlicher Regelung anheben. Die Bafög-Sätze
551 müssen dringend an die tatsächlichen Lebenskosten angepasst und Förderungslücken
552 geschlossen werden.

553 Die Linke hilft

554 Die Linke Neukölln hilft in vielen Lebenslagen. Neben unseren regelmäßigen
555 Rechtsberatungen mit Fachanwält*innen für Mietrecht, Sozialrecht und Strafrecht, bieten
556 unsere Mitglieder mehrmals in der Woche eine Sozialsprechstunde an. Wir geben eine
557 erste Orientierung, verweisen in spezialisierte Beratungen und übernehmen Mietschulden
558 oder offene Rechnungen. Das Geld dazu stammt aus den Bezügen unserer Abgeordneten
559 im Bundestag und der Bezirksverordnetenversammlung sowie unserer Stadträtin.

560 Zugang zu Gesundheit und Pflege erleichtern

561 Ambulante Versorgung verbessern

562 Über fast alle Bereiche hinweg ist die Versorgung mit niedergelassenen Ärzten in
563 Neukölln unterdurchschnittlich. Das führt zu langen Wartezeiten auf einen Termin und
564 verstopften Wartezimmern. Die Wartezeiten auf einen Termin beim Facharzt sind häufig
565 nicht zuzumuten. Deswegen setzen wir uns gegenüber der kassenärztlichen Vereinigung
566 für mehr Kassensitze, auch für Psychotherapie, in Neukölln ein und unterstützen
567 wegweisende Ansätze wie das Stadtteil- und Gesundheitszentrum vom
568 Gesundheitskollektiv Berlin auf dem Rollberg.

569 Beratungsangebote im Pflegefall

570 Pflegebedürftige Menschen oder ihre Angehörigen benötigen Unterstützung und
571 Beratung. So ist die Suche nach passenden Pflegeangeboten gerade für Menschen mit
572 Migrationsgeschichte eine Herausforderung. Viele Menschen in Neukölln können sich die
573 steigenden Eigenbeträge nicht leisten. Und für pflegende Angehörige besteht ein großes
574 Armutrisiko, wenn sie ihre Erwerbsarbeit reduzieren oder ganz aufgeben. Auf
575 Bundesebene setzt sich Die Linke für eine Reform der Pflegeversicherung zu einer
576 Vollversicherung ein, die alle Pflegeleistungen abdeckt. In Neukölln setzen wir uns für ein
577 flächendeckendes und mehrsprachiges Beratungsangebot ein.

578 Drogenpolitik und Suchthilfe ausbauen

579 Das Drogenproblem in Neukölln kann durch eine Politik, die auf Repression setzt, nicht
580 gelöst werden. Denn diese führt höchstens zu Verdrängung und Verlagerung der
581 Drogenszene. Eine frühe Aufklärung über Sucht und Gesundheitsgefahren soll einen
582 verantwortungsvollen Umgang ermöglichen. Wir wollen Menschen mit Suchterkrankung
583 mit niedrigschwelligen Angeboten helfen. Aktuell haben wir nur einen
584 Drogenkonsumraum in der Karl-Marx-Straße, in dem unter medizinischer Aufsicht
585 konsumiert werden kann. Dieses Angebot ist sehr wichtig, weil vor Ort Vertrauen
586 hergestellt und sozialpädagogische Unterstützung angeboten werden kann. Wir setzen
587 uns für einen Ausbau der niedrigschwelligen und aufsuchenden Suchthilfe ein. Nur so
588 kann erreicht werden, dass Drogenkonsum nicht auf Spielplätzen und Bahnhöfen
589 stattfindet.

590 Bessere Arbeitsbedingungen im Vivantes-Klinikum Neukölln

591 Das Vivantes Klinikum Neukölln ist mit über 1.200 Betten eines der größten in Berlin und
592 der landeseigene Krankenhauskonzern Vivantes einer der wichtigsten Arbeitgeber in

593 Neukölln. Um Kosten zu sparen, hat Vivantes Servicebereiche in Tochterunternehmen
594 ausgegliedert und die Arbeitsbedingungen in der Pflege verschärft. Nach über 30 Tagen
595 Streik haben die Beschäftigten in der Pflege im September 2021 einen Tarifvertrag
596 Entlastung mit besseren Personalschlüsseln erkämpft. Doch noch immer werden
597 Beschäftigte der Tochterunternehmen schlechter bezahlt als die Kernbelegschaft. Die
598 Linke steht an der Seite aller Beschäftigten und unterstützt auch die kommenden
599 Tarifkämpfe für gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

600 **Kinder, Jugendliche und Familien stärken**

601 Zusammen mit unserer Jugendstadträtin Sarah Nagel haben wir uns für den Erhalt der
602 Angebote für Kinder-, Jugendliche und Familien im Bezirk eingesetzt. Im Neubaugebiet
603 Buckower Felder konnte sogar ein neues Jugendzentrum realisiert werden. Dennoch ist
604 nicht genug Geld für alle Angebote da. Die Linke setzt sich für eine auskömmliche
605 Finanzierung dieser Leistungen und für eine bessere personelle Ausstattung der
606 Jugendämter ein. Denn jeder Euro der hier eingespart wird, schränkt Zukunftschancen
607 ein.

608 **Kinder- und Jugendarbeit**

609 Auf Bezirksebene setzen wir uns für eine politische Schwerpunktsetzung für Erhalt und
610 Ausbau der offenen und niedrigschwelligen Angebote für Kinder-, Jugendliche und
611 Familien ein. Am bestehenden Mix aus kommunalen und freien Trägern wollen wir
612 festhalten, um das vielfältige Angebot zu erhalten, ohne den Kostendruck einfach an die
613 freien Träger weiterzugeben.

614 Viele Kinder und Jugendliche erleben in ihrem Alltag Rassismus, Queerfeindlichkeit und
615 andere Formen von Diskriminierung. Wir wollen mehr gezielte Unterstützung schaffen.

616 **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen**

617 Immer wieder haben Kinder und Jugendliche in den letzten Jahren gegen Kürzungen
618 protestiert und sich zu Wort gemeldet. Wir finden: Es ist wichtig, sie ernst zu nehmen und
619 Beteiligung zu stärken. Die Linke hat die Absenkung des Wahlalters auf 16 in Berlin mit
620 durchgesetzt. Im Bezirk wurde ein Kinder - und Jugendparlament gegründet. Wir wollen
621 die Rechte des Kinder - und Jugendparlaments stärken und setzen uns dafür ein, dass
622 junge Menschen mitreden können und gehört werden. Dazu braucht es Formate, bei
623 denen sich alle willkommen fühlen. Beteiligung muss ausreichend finanziert werden.

624 **Kitas und Sprachförderung**

625 Die Linke steht für die kostenfreie Kita. Gemeinsam mit den Mitarbeitenden der Kitas
626 haben wir für bessere Arbeitsbedingungen in Kitas gekämpft. Nach jahrelangem
627 Kitaplatzmangel gehen die Anmeldungen aktuell zurück. Diese Chance wollen wir nutzen,
628 um den Personalschlüssel zu verbessern und gleichzeitig die Betreuungsquote in den
629 ärmsten Kiezen Neuköllns zu erhöhen.

630 Wir wollen sicherstellen, dass alle Kinder vor ihrer Einschulung die Bildungssprache
631 Deutsch lernen können. Dafür wollen wir die Sprachförderung stärken und mit
632 aufsuchender Elternarbeit flankieren.

- 633 • Politischer Schwerpunkt bei Erhalt und Ausbau von Angeboten der Kinder-,
634 Jugend- und Familienarbeit mit 50 Prozent kommunalem Anteil
- 635 • Erhalt der gut ausgebauten Schulsozialarbeit und Stärkung der Sozialarbeit in Kitas
- 636 • Personalschlüssel in Kitas verbessern
- 637 • Betreuungsquote in den ärmsten Kiezen erhöhen: Kitaplatzangebot für alle Kinder
638 schaffen und aktiv bewerben
- 639 • Vorschulische Sprachförderung stärken und mit aufsuchender Elternarbeit
640 flankieren
- 641 • Unkomplizierte und mehrsprachige Beratung für Familien stärken

642 Neuköllner Kinderarmutsbericht

643 Jedes dritte Neuköllner Kind gilt als arm, weil es in einer Familie aufwächst, die auf
644 staatliche Unterstützung angewiesen ist. Die linke Stadträtin Sarah Nagel hat in 2024 die
645 erste Neuköllner Kinderarmutskonferenz organisiert, um auf die deutlich über dem
646 Berliner Schnitt liegende Armutsquote aufmerksam zu machen. Das erfolgreiche Format
647 konnte in 2025 fortgesetzt werden und beschäftigt sich mit den Herausforderungen von
648 Kinderarmut für die Kinder- und Jugendhilfe und Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen
649 von Kinderarmut. Die Ergebnisse sind im 1. Neuköllner Kinder- und Familienarmutsbericht
650 zusammengefasst.

651 [https://www.berlin.de/ba-neukoelln/politik-und-verwaltung/aemter/jugendamt/kinderarm
652 utspr-vention-1470274.php](https://www.berlin.de/ba-neukoelln/politik-und-verwaltung/aemter/jugendamt/kinderarmutspr-vention-1470274.php)

653

654 **Schulen für Zukunftschancen**

655 Schulentwicklung

656 Bildung ist ein wesentlicher Schlüssel für die Zukunftschancen von jungen Menschen.
657 Doch noch immer ist in Deutschland der Bildungserfolg eng mit der sozialen Herkunft
658 verbunden. Das zeigt sich in besonderem Maße in Neukölln. Die Linke setzt sich für ein
659 Bildungssystem ein, dass die unterschiedlichen Startvoraussetzungen ausgleicht.
660 Längeres gemeinsames Lernen trägt dazu bei, den Bildungserfolg von der sozialen
661 Herkunft abzukoppeln und die Schüler*innen zu fördern. Deshalb fördern wir die
662 Umwandlung bestehender Schulen in Gemeinschaftsschulen mit entsprechenden
663 Bildungskonzepten, wo Schüler*innen von Klasse 1 bis 13 gemeinsam lernen können. Wir
664 sehen einen Bedarf für mindestens zwei weitere Gemeinschaftsschulen im Bezirk.

665 Wir wollen ausreichend und gute Schulplätze für alle Neuköllner Schüler*innen
666 bereitstellen. Aktuell fehlen ca. 1.800 Schulplätze im Bezirk, so dass viele Schüler*innen
667 lange Fahrtwege auf sich nehmen müssen.

668 Inklusion

669 Die Linke steht für den gemeinsamen Unterricht unabhängig von sozialer Herkunft,
670 Nationalität, Religion oder Behinderung. Wir sind gegen exklusive Schulen für Menschen
671 mit besonderen Bedarfen. Stattdessen unterstützen wir die bedarfsgerechte Inklusion in
672 den Regelschulen. Dies erfordert erhebliche personelle und bauliche Investitionen.

673 Schulgebäude

674 Die Linke fordert Investitionsmittel für die Sanierung von Schulgebäuden. Der Bedarf ist
675 immens. Bei baulichen Maßnahmen müssen Kapazitätsveränderungen, Energieeffizienz
676 und Klimaschutz, Barrierefreiheit und räumliche Inklusivität zusammengedacht werden.

677 Saubere Schulen

678 Die Initiative Schule in Not hat mit dem Bürgerbegehren "Saubere Schulen" das erste
679 erfolgreiche Bürgerbegehren in Neukölln herbeigeführt. Nach einer
680 Unterschriftensammlung hat die Neuköllner BVV im Jahr 2020 beschlossen, dass die
681 Reinigung der Neuköllner Schulen wieder durch eigenes Personal erfolgen soll.
682 Hintergrund sind die ausbeuterischen Verhältnisse bei privaten Reinigungsunternehmen
683 als Konsequenz des vom Bezirk auferlegten hohen Spardrucks. Bis heute wurde der
684 Beschluss nicht umgesetzt. Auch die landesweite Erhöhung der Mittel für die
685 Schulreinigung wurde zwischenzeitlich wieder zurückgebaut.

686 Schwimmunterricht

687 Jedes dritte Neuköllner Schulkind kann nach dem Schwimmunterricht in der dritten
688 Klasse nicht sicher schwimmen. Für Die Linke ist Schwimmen lernen mindestens so
689 wichtig wie Rechnen und Schreiben, denn im Ernstfall rettet es Leben. Deshalb setzen wir
690 uns für den Erhalt des Schwimmbuses ein, damit wertvolle Wasserzeit nicht in der
691 U-Bahn verschwendet wird. Darüber hinaus wollen wir die Ursachen der hohen
692 Nichtschwimmerquote in Neukölln ausfindig machen. Mit dem Ausbau von Intensivkursen
693 stellen wir sicher, dass spätestens am Ende der Grundschulzeit jedes Kind Schwimmen
694 kann.

- 695 ● Ausbau von Ganztagsangeboten und Gemeinschaftsschulen
- 696 ● Schaffung der baulichen und sächlichen Voraussetzungen für inklusiven Unterricht
- 697 ● Vorrang bei Investitionsmitteln für Schulsanierung
- 698 ● Rekommunalisierung der Schulreinigung
- 699 ● Ausweitung der Sozialarbeit an Schulen
- 700 ● Schwimmbus retten und Schwimmintensivkurse für alle, die nach der dritten
- 701 Klasse nicht sicher schwimmen können

702 Keine Bundeswehr an Schulen

703 Die Bundesregierung plant die Wiedereinführung des Wehrdiensts und lockt junge
704 Menschen mit attraktiven Angeboten wie dem kostenlosen Führerschein in die Armee. Die
705 Linke ist gegen die Wehrpflicht und unterstützt junge Menschen bei der
706 Kriegsdienstverweigerung. Für uns steht fest, dass die Bundeswehr nichts an Schulen zu
707 suchen hat. Wir unterstützen Schüler*innen, die sich gegen den Besuch von
708 Bundeswehrpersonal an ihrer Schulen zur Wehr setzen.

709

710 **Baden darf kein Luxus sein! Förderung von Vereins- und** 711 **Breitensport**

712 Neuköllns Sportvereine bringen nicht nur zahlreiche Spitzensportler*innen hervor, sie
713 leisten auch einen unverzichtbaren Beitrag in der Kinder- und Jugendarbeit. Dafür
714 brauchen die Vereine Anerkennung und Unterstützung durch das Bezirksamt. Dies
715 beginnt mit der Wertschätzung der häufig ehrenamtlichen Arbeit der
716 Gruppenübungsleitenden bspw. mit Parkausweisen für die Trainingsstandorte, geht über
717 die unkomplizierte und kostenfreie Bereitstellung von Sportstätten sowie die
718 Sicherstellung von guten Trainingsbedingungen vor Ort. Leider gibt es auch hier einen
719 großen Sanierungsstau, der zügig abgearbeitet werden muss. Bei der Vergabe von
720 Hallen- und Platzzeiten wollen wir gemeinsam mit den Vereinen ein faires und
721 transparentes Verfahren entwickeln.

722 Bezahlbar baden

723 Die Schließung des Kombibads Mariendorf hat zur Auslastung des Kombibads in
724 Gropiusstadt geführt. Darunter leidet auch die Bausubstanz. Öffentliche Schwimmzeiten
725 sind in die Randstunden verdrängt. Mit dem neuen Tarifsystem wird Schwimmen und
726 Baden zum Luxus. Die Linke setzt sich dafür ein, dass die Ticketpreise wieder abgesenkt
727 werden. Außerdem werden wir uns auf Landesebene dafür stark machen, dass Neukölln
728 ein weiteres Hallenbad bekommt.

- 729 ● Sanierungsstau bei den Sportstätten abarbeiten
- 730 ● Unterstützung und Förderung des Ehrenamts in den Vereinen
- 731 ● Faires und transparentes Verfahren bei der Vergabe von Hallen- und Platzzeiten
- 732 ● Ein weiteres Hallenbad für Neukölln

- 733 ● Kombibad Gropiusstadt erhalten

734

735 Weiterbildung und Kultur

736 Bibliotheken, Musikschule & Volkshochschule

737 Neukölln ist mit seinen Museen und Galerien, Theatern und Open-Air-Formaten ein und
738 Bibliotheken sind für uns das Paradebeispiel einer guten öffentliche Daseinsvorsorge.
739 Denn Bibliotheken sind unkommerzielle Orte, in denen Menschen lernen und sich
740 weiterbilden können. Gerade in Neukölln, wo zahlreichen Familien in sehr beengten
741 Verhältnissen wohnen, braucht es gut ausgestattete Bibliotheken. Wir wollen Neuköllns
742 Bibliotheken in diesem Sinne weiterentwickeln und setzen uns für eine neue
743 Bezirkszentralbibliothek an einem zentralen Ort als das Aushängeschild Neuköllns ein.

744 Die Linke setzt sich für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung der Lehrkräfte an
745 Musik- und Volkshochschulen mit ergänzenden Honorarangeboten ein. Denn obwohl das
746 Bundessozialgericht im Jahr 2022 entschieden hat, dass Musikschullehrkräfte als
747 sozialversicherungspflichtig einzustufen sind, wird das Urteil in Berlin nicht umgesetzt.
748 Auch in Neukölln ist ein Großteil der Musikschullehrkräften auf Honorarbasis beschäftigt.
749 Das Land muss die Finanzierung sicherstellen, damit wieder neue Musikschüler*innen
750 aufgenommen werden können.

751 Kunst und Kultur

752 Neukölln ist weit über die Bezirksgrenzen für seine vielfältige Kunst und Kulturszene
753 bekannt. Wir setzen uns für Erhalt und Förderung von Neuköllns bezirklichen und freien
754 Kulturorten und Veranstaltungsformaten ein. Die Kürzungen auf Landesebene bei der
755 freien Szene, betrifft viele Kunst- und Kulturschaffende in Neukölln. Für uns ist Kultur
756 nicht etwas, was man sich leisten können muss, sondern ein wichtiger Bestand einer
757 demokratischen Gesellschaft. Wir fordern mehr Proberäume für Musiker*innen und
758 setzen uns dafür ein, dass bezirkseigene Räumlichkeiten wie das Gemeinschaftshaus
759 Gropiusstadt von gemeinnützigen Initiativen kostenlos genutzt werden können.

760 **Solidarisch Zusammenleben**

761 Gleichstellung und Queerpolitik

762 Wir setzen uns für die Gleichberechtigung aller Geschlechter und die Überwindung
763 patriarchaler Herrschaftsverhältnisse ein. Frauen verdienen häufig weniger als Männer für
764 die gleiche Arbeit, arbeiten in unsicheren Arbeitsverhältnissen oder in unfreiwilliger
765 Teilzeit und müssen häufig noch zusätzliche Sorgearbeit übernehmen. In Neukölln sind
766 insbesondere alleinerziehende Frauen armutsbedroht. Lesben, Schwule, Bisexuelle und
767 Trans-Personen sind queer- und transfeindlicher Gewalt ausgesetzt. Frauen werden
768 Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt bis hin zum Feminizid.

769 Die Linke Neukölln setzt sich für den Schutz von allen Menschen ein, die von patriarchaler
770 Gewalt betroffen sind. Wir wollen, dass Mädchen und junge Frauen ein selbstbestimmtes
771 Leben führen können und fordern den Ausbau von Frauen- und Mädchenprojekten in
772 Neukölln. Zur Gewaltprävention braucht es außerdem mehr Projekte für Jungen und junge
773 Männer, die sich mit Geschlechtergerechtigkeit, Trans- und Queerfeindlichkeit,
774 patriarchalen Normen und Männlichkeitsidealen auseinandersetzen. Bei solchen
775 Projekten ist es zentral, dass sie rassismuskritisch arbeiten, so dass alle Jugendlichen
776 sich in Neukölln willkommen und verstanden fühlen.

777 Wir setzen uns gegen Abbau und Verdrängung von queeren Infrastrukturen wie
778 Jugendclubs, Veranstaltungsräumen, Beratungsangeboten und Safer Spaces ein und
779 wollen diese Orte und Einrichtungen fördern. Wir zeigen uns solidarisch mit Personen-
780 und Berufsgruppen, die von gesellschaftlicher Stigmatisierung und Repression betroffen
781 sind, z.B. Sexarbeiter:innen.

782

783 Flucht und Migration

784 Menschen, die nach einer Flucht in Berlin ankommen, sollten so schnell wie möglich in
785 eine eigene Wohnung vermittelt werden. Aufgrund des Mangels an bezahlbaren
786 Wohnungen und fehlendem politischen Willen müssen aber selbst anerkannte
787 Asylbewerbende häufig jahrelang in Sammelunterkünften ausharren. Wir wollen, dass
788 sich Neukölln gerecht an der Versorgung und Unterbringung dieser Menschen beteiligt.
789 Deswegen unterstützen wir die Bestrebungen des Landesamts für
790 Flüchtlingsangelegenheiten, Menschen aus den Sammelunterkünften in Tegel und
791 Tempelhof dezentral in den Bezirken unterzubringen. Wir setzen uns dafür ein, dass an
792 den Standorten die soziale Infrastruktur aus Kitas, Schulen und Jugendfreizeitangeboten
793 wie auch die Anbindung durch den ÖPNV verbessert wird.

794 Rassismus bekämpfen

795 Die Linke Neukölln setzt sich für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen in
796 Neukölln unabhängig von ihrer Herkunft und Religion ein. Neukölln ist seit seiner
797 Gründung von Einwanderung geprägt. Gegenwärtig leben hier Menschen aus mehr als
798 160 Nationen. Die Linke Neukölln sieht die Vielfalt an Sprachen, Kulturen,
799 Migrationsgeschichten und Religionen als eine Stärke unseres Bezirks an. Wir wollen,
800 dass alle diskriminierungsfrei am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen
801 Leben teilhaben können.

802 Rassismus betrifft viele Neuköllner*innen in ihrem Alltag. Migrantische, Schwarze, Roma-
803 und Sinti-, jüdische, muslimische und weitere Communities sind davon getroffen.
804 Rassistische Ausgrenzung zeigt sich nicht nur in individuellen Vorurteilen, sondern in
805 struktureller Benachteiligung: bei der Wohnungs- und Arbeitssuche, im Bildungssystem
806 oder durch pauschale Zuschreibungen im öffentlichen Diskurs. Migrantische Gewerbe wie
807 Shisha-Bars oder Baklava-Bäckereien werden unter den Generalverdacht organisierter
808 Kriminalität gestellt und mit Razzien überzogen. Rassismus ist kein Zufall und kein
809 Randphänomen, sondern Teil gesellschaftlicher Strukturen, die soziale Ungleichheit
810 verschleiern und Menschen gegeneinander ausspielen. Die Linke Neukölln stellt sich
811 entschieden gegen den Versuch, Armut, soziale Probleme oder mangelnde Perspektiven
812 mit Herkunft, Religion oder einer vermeintlich fremden Kultur zu begründen. Das
813 Bezirksamt Neukölln soll sich nicht länger an schikanösen Gewerbekontrollen beteiligen,
814 bei denen unter Aushöhlung des Rechtsstaats der Polizei fernab jeglicher
815 Gefahrenabwehr Zugriff auf grundgesetzlich geschützte Güter gewährt wird.

816 Wir setzen uns für die Aufarbeitung und das Unterlassen rassistischer Polizeistrukturen
817 und -praktiken wie Racial-Profiling, diskriminierende Razzien und Repressionen auf
818 Palästina- und weiteren Demonstrationen ein.

819

820 Jüdische Vielfalt fördern und Antisemitismus konsequent 821 entgegentreten

822 Jüd*innen müssen sich wie in unserem Bezirk sicher fühlen und ohne Angst leben
823 können. Wir sind uns bewusst, dass jüdische Menschen in Neukölln Angriffen ausgesetzt
824 sind, beispielsweise weil sie offen religiöse Kleidung tragen oder hebräisch sprechen. Wir
825 stellen uns konsequent gegen antisemitische Hetze, Bedrohungen und Gewalt gegenüber
826 jüdischen Menschen und Einrichtungen in Neukölln. Um Antisemitismus zu bekämpfen
827 suchen wir den Austausch mit der breiten Vielfalt der jüdischen Gemeinschaft und
828 jüdischen Organisationen. Wir stellen uns der Hierarchisierung unterschiedlicher

829 Rassismen und Diskriminierungsformen entgegen.

830

831 Das nationalsozialistische Regime verfolgte und ermordete systematisch Millionen
832 jüdischer Menschen, ebenso wie Sint*izze und Romn*ja, queere Menschen, Menschen
833 mit Behinderungen, Kommunist*innen und weitere politische Gegner*innen. Als
834 Antifaschist*innen begegnen wir dieser Geschichte mit einem aktiven Kampf gegen
835 Antisemitismus, Rassismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschlichkeit
836 sowie mit einer pluralen Erinnerungskultur.

837 Dem Kampf gegen Antisemitismus schadet es, wenn Antisemitismusvorwürfe
838 instrumentalisiert werden, um öffentliche Kritik am Genozid in Gaza oder am israelischen
839 Staat zu delegitimieren, zu kriminalisieren oder zu unterbinden. Wir setzen uns
840 konsequent gegen die Vermischung von Judentum, israelischer Identität und der Politik
841 des Staates Israel ein. Es muss Platz geben für öffentliche Kritik an der israelischen
842 Regierungspolitik - ohne dass sie mit Antisemitismus gleichgesetzt wird. Protest gegen
843 die israelische Besatzung und wirtschaftliche Sanktionen sind angebracht. Für viele
844 Jüd*innen und Palästinenser*innen ist dies ein verbindender Kampf.

845

846 Internationale Solidarität

847 Neukölln ist das Zuhause einer Vielzahl migrantischer und diasporischer Gemeinschaften.
848 Kriege und Genozide, Unterdrückung und Verfolgung, die auf der ganzen Welt passieren,
849 betreffen viele Neuköllner*innen unmittelbar. Als Linke Neukölln stehen wir solidarisch an
850 der Seite aller Menschen in unserem Bezirk, die mit diesen Realitäten zu kämpfen haben
851 und unterstützen ihre Kämpfe für Befreiung von Kurdistan bis Palästina.

852 Seit dem 7. Oktober 2023 und dem genozidalen Vorgehen der israelischen Armee
853 gegenüber der palästinensischen Bevölkerung in Gaza findet in Berlin und in Neukölln
854 eine massive Repression gegen die große palästinensische Gemeinschaft und die
855 palästinasolidarische Bewegung statt. Die Linke Neukölln hat sich konsequent gegen die
856 Repression der palästinensischen Community und die Kriminalisierung der Proteste gegen
857 die israelische Besatzung und Kriegsführung gestellt. Wir setzen uns dafür ein, dass das
858 Bezirksamt Neukölln die Unterstützung von geschichtsverfälschenden Projekten z.B.
859 durch die Bewerbung der Broschüre „Mythos1948Israel“ an Neuköllner Schulen einstellt,
860 in der behauptet wird, wer Israel Landraub vorwerfe, handle aus antisemitischen Motiven.

861 Antifaschismus

862 Der Kampf gegen Rechts beginnt in Neukölln bei der CDU. Deren Bürgermeisterkandidat
863 Gerrit Kringel war Mitglied in dem von Neonazi Thomas Schirmer gegründeten
864 Fußballverein BSG Elektro Krause. Bis heute hat er sich nicht von dieser Verbindung

865 distanziert. Die CDU Neukölln hat ihre Verbindungen ins Neonazi-Milieu bis heute nicht
866 aufgearbeitet.

867 Bundesweit entwickelt sich die AfD zu einer faschistischen Partei. Im Gefolge der AfD
868 dringen rechtsextreme Jugendgruppen in die Berliner Randgebiete vor und verbreiten
869 dort Hetze und Gewalt. Im Kampf gegen Nazis wirbt Die Linke Neukölln für breite
870 Bündnisse mit dem Ziel, sich rassistischen und nationalistischen Aufmärschen und
871 Veranstaltungen entgegenzustellen. Dabei unterstützen wir aktiv antifaschistische
872 Bündnisse und Initiativen wie ‚Widersetzen‘ als Bezirksverband und setzen uns für die
873 bezirkliche Förderung von aufklärenden Broschüren und Bildungsprojekten gegen rechts
874 ein.

875

876 Rechte Gewalt ist Realität – Neukölln Komplex

877 Im Dezember 2024 hat das Landgericht Berlin in einem Berufungsprozess die Neonazis
878 Sebastian Thom und Tilo Paulenz u.a. wegen Brandanschlägen auf unseren Genossen
879 und Neuköllner Bundestagsabgeordneten, Ferat Koçak, und den Rudower Buchhändler
880 Heinz Ostermann im Februar 2018 verurteilt. Paulenz trat 2016 in die Neuköllner AfD ein;
881 Thom war Kreisvorsitzender der Neuköllner NPD. Die Brandanschläge auf Ostermann und
882 Koçak sind Teil einer lang anhaltenden rechten Terrorserie in Neukölln, die bis heute nur
883 in Teilen aufgeklärt ist.

884

885 **Wer soll das bezahlen?**

886

887 In diesem Programm stellen wir zahlreiche Forderungen auf, die im Rahmen des aktuellen
888 Bezirkshaushalts nicht finanziert werden können. Die öffentlichen Haushalte sind
889 kaputtgespart. Und die Merz-Regierung verteilt weiterhin Steuergeschenke an die
890 Reichen und die Konzerne. Militarisierung und Aufrüstung erhöhen den Spardruck
891 zusätzlich. Als Linke werden wir uns weiterhin konsequent der Sparpolitik widersetzen.
892 Wir wollen die Reichen und Vermögenden zur Kasse bitten. Wir machen Druck für eine
893 Reichensteuer und die Besteuerung von großen Erbschaften.

894 Die Haushaltnot der Bezirke und Kommunen führt dazu, dass sie Gebühren oder indirekte
895 Steuern erhöhen. Diese unsoziale Form der Staatsfinanzierung lehnt Die Linke ab, denn
896 sie belastet die große Mehrheit und schont die Reichen. Die Linke fordert stattdessen eine
897 unmittelbare Aufstockung der Bezirksmittel um 20 Millionen Euro pro Jahr und Bezirk.

898 Die Linke will die Schuldenbremse abschaffen, um dringend benötigte Investitionen zu
899 sichern. Bezahlbare Mieten, soziale Infrastruktur, Gesundheit, Bildung, Kultur sowie Klima
900 und Mobilität haben Vorrang vor Haushaltskonsolidierung.

901 Die aktuelle Verschuldung Berlins ist entgegen der Panikmache von Konservativen und
902 Neoliberalen überschaubar und die Zinsen sind nach wie vor niedrig.

903 Auch für Berlin entwickelt die Linke Konzepte, wie große Vermögen und Einkommen
904 stärker zur Finanzierung des öffentlichen Daseinsvorsorge herangezogen können, z.B.
905 durch die Einführung einer Luxusvillensteuer. Wir wollen Steuervermeidung effektiv
906 bekämpfen, indem wir die Finanzämter besser ausstatten. Jedes Jahr hinterziehen die
907 Reichen in Berlin hunderte Millionen Euro Steuern, während Erwerbslose von Jobcentern
908 wegen ein paar Euros schikaniert werden.

909 Nicht zuletzt muss aber auch bei den Ausgaben umgesteuert werden. Nicht nur
910 prestigeträchtige Großprojekte wie Olympia oder die Expo lehnen wir ab, auch die
911 verschwenderische Umverteilung von öffentlichen Mitteln in private Taschen.
912 Insbesondere mit der Deckelung von Mieten und der konsequenten Verfolgung des
913 Mietwuchers könnten erhebliche Subventionen für Vermieter*innen eingespart werden.
914 Der aufgeblähte Sicherheitsapparat muss wieder auf ein angemessenes Maß
915 zurückgebaut werden.

916 Die Linke will ein gerechtes Steuersystem zur Finanzierung eines guten Gemeinwesens:
917 Wer viel hat, muss auch viel beitragen. Wer wenig hat, wird entlastet. Denn es ist genug
918 Geld da – es ist nur ungerecht verteilt. Wir wollen, dass in der
919 Bezirksverordnetenversammlung nicht darum gestritten wird, was noch verkauft und wo
920 noch eingespart werden kann, sondern dass Protest gegen die ungerechte Verteilung
921 organisiert wird.